



Fachbereich Jugend und Soziales

21.05.2025

Bericht der Verwaltung

Gremium: Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien

Datum: 12.06.2025

Tagesordnungspunkt 3 – öffentlicher Teil

Bericht über den Sachstand zum Jugendpolitikprojekt

In seiner Sitzung am 20.11.2024 beschloss der Ausschuss für Kinder, Jugendliche und Familien, dass das Jugendpolitikprojekt weiterhin bestehen bleibt und die bereits bestehende Arbeitsgruppe erneut tagen und über den Umfang des Projektes beraten und konkrete Maßnahmen erarbeiten solle.

Es bleibt bei dem Ziel, das Jugendpolitikprojekt in Beckum weiter umzusetzen (siehe Vorlage 2024/0321 – Jugendpolitikprojekt – Antrag der FWG-Fraktion vom 09.10.2024 und Anträge der FDP-Fraktion und CDU-Fraktion vom 11.10.2024 – und Niederschrift zur Sitzung).

Wegen der vorgezogenen Bundestagswahl konnte im Frühjahr 2025 kein Termin der Arbeitsgruppe stattfinden. Die Arbeitsgruppe traf sich daher erst am 07.05.2025 im Stadtteilzentrum Altes E-Werk, Sternstraße 24, 59269 Beckum.

Im Ergebnis wurde festgehalten, dass die bisherigen Maßnahmen, trotz erheblichen zeitlichen Aufwands, nicht zu dem gewünschten Erfolg geführt haben.

Es wurden mögliche Zielsetzungen des Projektes angesprochen.

Ein Ziel könnte sein, junge Menschen grundsätzlich für politisches Handeln zu interessieren, in dem eigene Interessen identifiziert werden und dadurch Engagement für das eigene Umfeld entstehen kann. Ein anderes Ziel könnte sein, junge Menschen konkret für die Aufgaben politischer Gremien in der Kommune zu interessieren.

In der Zielsetzung waren sich die Teilnehmenden nicht durchgängig einig. Die Klärung der konkreten Zielsitzung soll in einer weiteren Arbeitsgruppensitzung erfolgen.

Es wurden folgende mögliche Maßnahmen diskutiert:

- Teilnahme von Ratsmitgliedern an Neigungsgruppen an Schulen
- Die Einbindung der Jugendorganisationen der verschiedenen Parteien
- Durchführung von Podiumsdiskussionen an Schulen im Rahmen der Lerninhalte des Fachs Politik

Bei der möglichen Umsetzung all dieser Maßnahmen ist die Zusammenarbeit zwischen Jugendhilfe und Schule erforderlich. Wie diese genau erfolgen soll, ist noch unklar.

Wegen der Neutralitätspflicht der Verwaltung wird eine Umsetzung von Maßnahmen erst nach der Kommunalwahl im Herbst 2025 möglich sein.

Die Verwaltung beabsichtigt in diesem Jahr erstmals 1 Dualstudierende der sozialen Arbeit einzustellen. Die Auswahlgespräche hierzu haben am 26.05.2025 stattgefunden. Beabsichtigt ist zu Beginn des Studiums der Einsatz in der offenen Kinder- und Jugendarbeit

oder der Schulsozialarbeit. Im Rahmen ihres Studiums kann die Studierende ein Konzept zur Weiterentwicklung des Jugendpolitikprojektes erarbeiten, das dann in 2026 erprobt werden kann. Auch hierfür muss die Zielsetzung des Projektes eindeutig geklärt sein.

Die Verwaltung wird hierzu weiter berichten.